



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

**An die
Dortmunder Medien**

20.02.08

Haushaltsveto von Regierungspräsident Diegel nur Wahltaktik – Sparplan von SPD und GRÜNEN wurde nicht berücksichtigt

„Die Verzögerungsstrategie zum Doppelhaushalt 2008/2009 mit unbestimmtem Zeitziel ist reine Wahltaktik des Regierungspräsidenten. Herr Diegel will sich offenbar möglichst lange die Möglichkeit offen lassen, in den Haushalt der Stadt Dortmund einzugreifen und damit die Arbeit der politischen Mehrheit in Dortmund aus SPD und Grüne zu untergraben. Leidtragende in diesen Tagen sind insbesondere Schüler, deren Schulsanierungsmaßnahmen nicht begonnen werden können, Handwerker, denen dadurch die Aufträge der Stadt verwehrt bleiben, oder Vereine und Verbände, die auf freiwillige Leistungen der Stadt angewiesen sind. Sämtliche Aktionspläne der Stadt bleiben erst einmal liegen“, beschreibt die **stv. Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jutta Starke**, die Hintergründe für das Vorgehen der Bezirksregierung im Anzeigeverfahren zum Doppelhaushalt 2008/2009.

Die Fraktionen von SPD und Grüne sind sehr irritiert über die Fristverlängerung der Bezirksregierung „bis auf weiteres“. Offenkundig geht die Bezirksregierung bei ihren Prüfarbeiten schwerpunktmäßig nur auf die Ausgabeposten im Doppelhaushalt ein, ohne die Einnahmeseite der Stadt Dortmund zu würdigen.

Mario Krüger, Fraktionssprecher der GRÜNEN: „Herr Diegel spricht von Risiken im Haushalt. Die haben wir auch gesehen. Genau deshalb haben wir im Haushaltsantrag ja auch festgehalten, dass achtzig Prozent der durch die Haushaltssperre 2007 eingesparten Mittel sowohl in 2008 als auch in 2009 erneut eingespart und zum Teil zur Abfederung von Risiken genutzt werden sollen. Das ist immerhin ein zweistelliger Millionenbetrag. Dazu kommen die Rückerstattungen aus dem Solidarfond Ost mit einer ersten Rate von 24,5 Millionen Euro. Selbstverständlich wird im Zuge der Jahresabschlüsse der städtischen Töchter geprüft, inwieweit weitere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden können. Erstaunlicherweise tauchen diese Aspek-

te im Schreiben des Regierungspräsidenten nicht auf. Ist das Absicht? Fast scheint es so, als wenn sich Herr Diegel auf Dortmund eingeschossen hat. Die jetzt angekündigte weitere Prüfung des Haushalts trägt er zumindest auf dem Rücken der BürgerInnen in Dortmund aus. Denn die in unserem Haushaltsantrag beschlossenen sozialen Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen liegen vorerst auf Eis. Die alleinige Verantwortung dafür trägt der Regierungspräsident.“

SPD und GRÜNE begrüßen die Absicht der Verwaltung, die zögerliche Prüfung des Haushaltes durch die Bezirksregierung rechtlich prüfen zu lassen.

„Die Verwaltung hat alle Fragen der Kommunalaufsicht umfassend beantwortet. Die Stadt Dortmund hat einen Anspruch darauf, dass das Anzeigeverfahren nicht behindert wird. Wir sehen weder einen Anlass noch eine Pflicht für den Oberbürgermeister, den Haushaltsbeschluss zu beanstanden.“, so **Jutta Starke und Mario Krüger** abschließend.